

Haushaltsanträge 2019 - 2020

Anträge Parteifreie Bürger FDP ÖDP

- Umsetzung und Fortsetzung des BA-Beschlusses vom 18. November 1986 -wro- (1)

Unser Antrag wörtlich:

1.

**Umsetzung und Fortsetzung des Beschlusses des Bauausschusses vom 18.11.1986
Fortschreibung des Baum Katasters von Herrn Radmüller und vergleichende Untersuchung unter Einbeziehung der heutigen Grundlagen und Arbeitshilfen.**

Beispiel die Stadt Paris nahezu flächengleich mit Friedberg - Zitat aus Wikipedia Stand 9.12.2018

*Die Pariser Straßen sind mit rund **89.000 Bäumen** gesäumt. Das städtische **Gartenbauamt Direction des Parcs, Jardins et Espaces Verts de Paris** unterhält innerhalb der Stadtgrenzen 2.437 Hektar Grünflächen, zu denen außer den beiden großen **Stadtwäldern Bois de Vincennes** (995 Hektar) und **Bois de Boulogne** (846 Hektar) auch die 14 innerstädtischen **Friedhöfe** (92 Hektar) zählen, die Gartenbauschule **École Du Breuil** (22 Hektar), das Gartenbauzentrum **Jardin des Serres d'Auteuil** (8,5 Hektar), in dem **Blumen** und **Sträucher** gezüchtet werden, und der neue Centre horticole de la Ville de Paris (Blumenproduktion) in **Rungis, Fresnes** und **Achères** (insgesamt 477 Hektar).*

*Als Erholungsgebiet abzuziehen sind die bepflanzten Böschungen der Ringautobahn **Boulevard périphérique** (51 Hektar). Auf die Grünanlagen von städtischen Sportanlagen, Schulen, Kindergärten und Krippen entfallen 36 Hektar. Die restliche Fläche (386 Hektar) wird von öffentlichen **Promenaden, Parks, Gärten**, den squares genannten begrünten **Plätzen** und von **Blumenrabatten** eingenommen. Die Stadt Paris besitzt darüber hinaus jenseits ihrer Grenzen sechs weitere Friedhöfe, den **Wald Bois de Beauregard** bei **La Celle-Saint-Cloud**. Außer den städtischen Anlagen stehen den Bewohnern und Besuchern von Paris sieben vom Staat unterhaltene Gärten und Parks mit insgesamt 118 Hektar Fläche zur Verfügung.*

Die Kartierung von Herrn Radmüller ist ein einmaliges Dokument und die Chance eine Entwicklung über 30 Jahre zu dokumentieren und Lehren daraus zu ziehen. Der Wert von Bäumen und Grünstrukturen im Allgemeinen muss bewusst gemacht werden.

Die Kosten einer solchen Studie dürften überschaubar sein und unter 25.000 € liegen. Es können auch Hochschulen einbezogen werden.

Wir halten an unserem Antrag fest und bitten diesen in die Änderungslisten aufzunehmen. Oder, wenn vorgesehen die HHStelle nennen

- Fortführung und Erweiterung der Anträge zum Umwelt-, Arten- und Klimaschutz -wro-

Unser Antrag wörtlich:

2.

Fortführung und Erweiterung unserer früheren Anträge zum Umwelt-, Arten-, und Klimaschutz

- **Baumpflanzungen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung der klimatischen Entwicklung, bei der Auswahl standortgerechter Arten. Förderung von Lebensraum von Insekten und Vögeln. Verbesserung der Kleinklimatas. (2.1)**
- **Konzept für städtische Grünanlagen. (2.2)**
- Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – **Biotopvernetzung (2.3)**

Langfristige Sicherung von Biotopflächen – Ankauf von Grundstücken

Ziel:

Mit Planungsleistung und Investitionen in Vernetzung der einzelnen Biotope und Ausgleichsflächen größere Strukturen schaffen und so die Lebensräume zu attraktiveren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Baumpflanzungen

Jährlich werden durch den Baubetriebshof rund 30 Stadtbäume ersetzt und neugepflanzt. In die Baumartenwahl fließen bereits heute die Ergebnisse neuester Studien (Gartenamtsleiter-Konferenz GALK, Straßen- und Stadtbaumliste) ein. Im Stadtbereich haben stadtklimaverträgliche, salz- und trockenresistente Arten den Vorzug. Die Standortwünsche sollten klar benannt werden, dass der Baum in die Vormerkliste aufgenommen werden und der Standort geprüft werden kann.

Haushaltsmittel stehen auf der Haushaltsstelle 5800.9550.01 (Ortsbegrünung) zur Verfügung.

Biotopvernetzung

Hierzu gibt es folgende Beschlüsse:

PUA vom 9. November 2016:

„...im Bedarfsfall spricht sich der Planungs- und Umweltausschuss für eine Stärkung des Haushaltsansatzes aus.“

sowie

PUA vom 25. September 2018:

„Die bislang praktizierte Strategie zum Erwerb/Tausch von ökologischen Grundstücken und zur Planung, Pflege und Entwicklung ökologischer Flächen im Ökokonto soll beibehalten werden.“

Antwort: wir halten die Zahl 30 für den Ersatz und Neupflanzungen für zu niedrig. Wir stellen die Frage, wie viele neue Standorte nach Bilanzierung der Fällungen oder Ausfälle überhaupt übrig bleiben. Auf klimatische Entwicklungen, Kleinklimatas und Lebensraum für Insekten und Vögel wurde in der Stellungnahme der Verwaltung überhaupt nicht Bezug genommen. Wir müssen dieses Thema ernster nehmen und vertiefen.

Wir erkennen die Leistungen und Bemühungen unserer MitarbeiterInnen in Verwaltung und Exekutive (Bauhof) ausdrücklich an. Da wird viel geleistet aber es braucht Unterstützung und positive Verstärkung.

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Baumpflanzungen Erhöhung des Haushaltsansatzes	25.000 €
Konzept für städtische Grünanlagen	20.000 €
Biotopvernetzung, Erhöhung um	50.000 €

- Entwicklung und Umsetzung von Energiekonzepten

(2.4)

-Hubert Nießner-

Unser Antrag weiter wörtlich:

Der Energienutzungsplan für Friedberg sieht als größtes CO2 Minderung- potenzial den Bau eines Nahwärmenetzes, ausgehend vom Krankenhaus und Schwimmbad und Weiterführung in die Altstadt zum Marienplatz. Die Neugestaltung und Erweiterung der Schulgebäude am Volksfestplatz sind eine weitere Chance, die es zu nutzen gilt. Friedberg ist im Landkreisvergleich mit wenigen regenerativen Energieerzeugungsanlagen ausgestattet. Die zunehmenden Extremwetterlagen müssen wir als Stadt Friedberg zum Anlass nehmen konsequenter unsere Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen. Im Haushalt 2019 sind die nächsten Schritte für das Nahwärmenetz Krankenhaus / Schwimmbad / Altstadt einzuplanen. (Antrag ÖDP Hubert Nießner Pfleger für Energie und Umwelt)

Die Investition in ein Nahwärmenetz ist aus wirtschaftlicher Sicht ab 2019 notwendig. Der Neubeu der Förderschule, die Investitionsbereitschaft des Krankenhauses und die überfällige Investition in ein BHKW am Schwimmbad belegen die Dringlichkeit. Die Notwendigkeit der Energiewende ist in 2018 bei den meisten angekommen in Friedberg zeigt der Energienutzungsplan, dass das Nahwärmenetz die wichtigste Einzelmaßnahme mit dem größten CO2 Minderungspotenzial ist. Im Haushalt des Stadtrates oder im Wirtschaftsplan der Stadtwerke müssen hierzu 500.000 € eingestellt werden, wie das bereits einmal im Haushaltsentwurf 2018 enthalten war.

Unser Antrag weiter wörtlich:

-Cornelia Böhm-

- **Anlage eines echten Stadtgartens** (Obst & Gemüse) mit Hochbeeten, Sträuchern und Obstbäumen, für die Bevölkerung zur Ernte und auch zur Pflege (bei Interesse), urban gardening quasi.

- Erstbepflanzung und Pflege durch Bauhof **(2.5)**

- Begrünung der Stadt, öffentliche Flächen. Bürgerpatenschaften **(2.6)**

Ziel: die Städtischen Grünanlagen sollen wo möglich mehr Artenvielfalt bieten und geringeren Pflegeaufwand verursachen und gleichzeitig attraktiven Beitrag für Stadtbild bieten.

- Zum Attraktiveren des Hafnergartens hier die Wiederholung und Konkretisierung eines früheren Antrags durch unser Fraktionsmitglied Cornelia Böhm:
Analog der erfolgreichen Parzellenvergabe für Gemüseanbau unterm Berg (oder auch des Kräutergartens am Roten Tor in Augsburg) können wir uns nach wie vor eine derartige Nutzung des Hafnergartens vorstellen. Dieser sollte auch Kindergärten und Schulen sowie weiteren sozialen Einrichtungen für eigene Projekte angeboten werden. Die Erziehung unserer Kinder zu einer gesunden Ernährung, die Lehre über regionale Produkte und deren Anbau und Pflege, sowie eventuell ein kleiner Naturlehrpfad würde einer Innenstadt sicherlich gut tun.
Über diese Nutzung hinaus schlagen wir die Bespielung der natürlichen Bühne des Hafnergartens für kleine kulturelle Programme in der Freiluftsaison vor.
Bei beiden Nutzungen sehen wir keine Beeinträchtigung des ursprünglichen Stiftungsgedankens, der Nachbarschaft oder der Nutzung während des Altstadtfestes.

Stellungnahme der Verwaltung:

Anlage eines echten Stadtgartens
Hier gilt es zuerst einen Standort zu diskutieren und in welchem Umfang städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Bewegung „urban gardening“ ist bekannt, aber es sind keine Anfragen aus der Bürgerschaft hierfür bekannt.
Erstherstellung und Unterhaltung durch den Baubetriebshof werden aus Kapazitätsgründen kritisch gesehen.
Konzept und Initiative andernorts häufig von Paten und Kümmerern aus Vereinen heraus. Die Behandlung der Thematik würde zusammen mit einem Konzept Grünflächen Sinn machen.
Patenschaften als Teilaspekt im Konzept Grünflächen.

Antwort Frau Böhm:

Dieser Antrag (2. Versuch nach der Nichtbehandlung im Vorjahr) hat den Zweck, die Nutzung und die Wahrnehmung des Hafnergartens zu attraktiveren und zu optimieren. Anfragen aus der Bürgerschaft sind durch die erfolgreiche Parzellenvergabe unterm Berg meiner Meinung nach sehr wohl gegeben, ich kann mich auch nicht an Bürgeranfragen zu anderen bereits behandelten Einzelanträgen wie zum Beispiel zu einer möglichen Kneippanlage erinnern.

Patenschaften sind natürlich aktiv anzugehen, ich möchte hier die Kindergärten und Schulen sowie weitere soziale Einrichtungen nicht aus den Augen verlieren.

Eine Erstbepflanzung durch den Bauhof wird sicherlich dessen Kapazitätsgrenzen NICHT sprengen. Hier bitte ich schon um objektive Bewertung der Verwendung des Bauhofes!

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Begrünung der Stadt, öffentliche Flächen.

Bürgerpatenschaften

5.000 €

Anlage eines echten Stadtgartens

5.000 €

Oder falls der Antrag der Grünen, den wir unterstützen, angenommen wird ziehen wir natürlich zurück und sehen unsere Ideen als Ergänzung.

- Bühne im Hafnergarten (Parteifreie)

(2.7)

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Vorhaben ist konkret zu beschreiben. Derzeit ist bereits eine Aufführungsfläche vorhanden, die auch regelmäßig z.B. während des Altstadtfestes intensiv genutzt wird. Eine Akzeptanz der Anwohner ist erst für so eine Nutzung herzustellen. Der Mehrwert ist aufzuzeigen. Kosten sind derzeit nicht vorzusehen.

Antwort Frau Böhm:

Die Nutzung findet eben nur während des Altstadtfestes statt. Freiluftveranstaltungen sind sehr beliebt und immer mehr im Kommen, vielleicht muss nicht für alle Formate eine Bergbühne aufgebaut werden. Und der Standort Hafnergarten wäre wieder ein Stückchen mehr im Fokus der Bürger.

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Bühne im Hafnergarten

5.000 €

Oder falls der Antrag der Grünen, den wir unterstützen, angenommen wird ziehen wir natürlich zurück und sehen unsere Ideen als Ergänzung.

- Vermeidung oder Reduzierung des Kfz-Verkehrs

-WRO-

(3)

Unser Antrag wörtlich:

Vermeidung oder Reduzierung des KFZ Verkehrs durch kluge Alternativen. Ausbau des Mietfahrradsystems vom Park & Ride Friedberg West bis in die Innenstadt und hinaus in die angrenzenden Wohngebiete. Angebot von Miet-E-Bikes und Ladestationen für private Fahrräder.

Wir dürfen hier aus einem früherem Antrag zitieren:

„Moderne Mobilität Konzepterstellung zur Einführung Carsharing, Elektromobilität und Leihfahrräder.

Die Diskussion um Stellplatzbedarf unter anderem in Friedberg West zeigt die Notwendigkeit sich mit modernen zukunftsfähigen Mobilitätskonzepten auseinanderzusetzen, neben Individualverkehr und öffentlichen Nahverkehr. Die unmittelbare Nähe von Friedberg West an Augsburg bietet die Chance hier ein Pilotprojekt zu erarbeiten und zu starten.“

Dies ist bis heute aktuell und ungelöst.

Stellungnahme der Verwaltung:

Laufende/beschlossene Maßnahmen:

„Auf die Initiative „Fahrradfreundliches Friedberg“ hin wurde ein Fahrradschutzstreifen entlang der Südseite der Luitpoldstraße verwirklicht. Zudem wurde die Montage von 100 neuen Fahrradständen

in der Innenstadt, die weniger Kratzer im Lack der Räder verursachen, beschlossen. Die Installation neuer Fahrradabstellanlagen am Bahnhof ist für 2019 vorgesehen.

Radverkehrskonzept für den gesamten Landkreis Aichach-Friedberg: Stadt Friedberg unterstützt (Ansprechpartnerin Radverkehr LRA AIC) bei der Erstellung des Konzeptes Antrag auf Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern (AGFK): Ziel ist mit der Unterstützung der AGFK die Stadt auf ihre Fahrradfreundlichkeit zu prüfen und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung durchzuführen (StR VI. 2018/446).

Car Sharing Option am Bahnhof Friedberg vorhanden (www.ford-carsharing.de) Auto-Ladestationen vorhanden: Uhrmachergasse und Volksfestplatz (), P+R Friedberg

West/Endhaltestelle Straßenbahnlinie 6 (), Gewerbegebiet Derching (Aldi, Bäckerei;) E-Bike-Ladestationen vorhanden: Volksfestplatz, Fahrradgeschäft, P+R Friedberg West/Endhaltestelle Straßenbahnlinie 6

In Bearbeitung ist der Antrag der SPD zur potentiellen Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 in die Friedberger Innenstadt. Eine Beauftragung eines spezialisierten Planungsbüros ist in Vorbereitung. „Moderne Mobilität Konzepterstellung zu Einführung Car-Sharing, Elektromobilität und Leihfahrräder“ Bedarfsanalyse bzgl. Ausbau wäre sinnvoll

Antwort: gerne erkennen wir die ersten Schritte an und bedanken uns bei der Verwaltung für deren Einsatz. Letztlich wird dies alles aber noch nicht ausreichen. Ein Mietfahrradsystem muss über die Innenstadt bis in die Wohngebiete fortgesetzt werden und insbesondere wegen des Berges mit E-Bikes ergänzt werden. Beim Geschößwohnungsbau sind Anreize für Car Sharing Plätze zu schaffen. Wir wiederholen unseren Antrag.

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Förderung erster Mietfahrradstationen Unterm Berg, in der Altstadt, am Bahnhof, und in drei Wohngebieten	100.000 €
Konzept für Car Sharing und Anpassung des Stellplatzschlüssels im Wohnungsbau	20.000 €
Förderung des ÖPNV zusätzlich im Jahr	100.000 €

**- Verbesserung des Radwegenetzes
-Rose-Marie Krendlinger und Hubert Nießner-
(4)**

Unser Antrag wörtlich:

Verbesserung des Radwegenetzes, hier zwei Anträge unserer Fraktionsmitglieder:

Rosemarie Krendlinger

Lückenschluss Radweg Neue Bergstraße in Derching, vom Laubenweg bis zum PuM-Platz
Viele Bürger benutzen den Radweg entlang der neuen Bergstraße und müssen momentan ab der Einmündung nach Stätzling, Derchinger Straße über den Laubenweg und die Alte Bergstraße durch den Ort durchfahren, um in der Äußeren Industriestraße dann wieder auf den Radweg einbiegen zu können. Es wäre um vieles einfacher und sicherer, wenn der Radweg vom Laubenweg entlang der jetzt dort noch befindlichen Felder bis zur Einmündung Äußere Industriestraße weitergeführt würde. Die neue Bergstraße wird von vielen Radlern genutzt, die teilweise von Frechholzhausen

oder auch von der alten AIC 25 kommen. Momentan fahren sie meistens auf der Neuen Bergstraße weiter und nutzen nicht den Umweg durch die Ortsteilstraßen. Da es aber keinen Seitenstreifen gibt, ist das ein gefährliches Unterfangen.
(Rosemarie Krendlinger, Parteifreie Bürger)

und Hubert Nießner

Um die Anbindung der Radfahrer an den ÖPNV in den Ortsteilen zu verbessern sollen an den Bushaltestellen, in Abhängigkeit von den Platzverhältnissen bis zu 10 Fahrradstellplätze geschaffen werden. In einigen Ortsteilen haben vor allem die Schulkinder Probleme ihre Fahrräder oder Roller ordnungsgemäß abzustellen und abzuschließen. Teilweise sind die Fahrräder dann hinter dem Bushäuschen, im benachbarten Friedhof oder verbotenerweise im Bushäuschen abgestellt. Im Zuge dieser Aufwertung der Bushaltestellen, sollen auch sukzessive die alten 3 seitig geschlossenen Holzbushäuschen ersetzt werden. Diese sind nicht mehr zeitgemäß. Die eingeschränkte Sicht im Inneren führt dazu, dass die Schulkinder vor den Häuschen auf dem Gehweg stehen. Die bis zum Boden geschlossene Wandung führt dazu, dass sich Dreck im Bushäuschen ansammelt. Je nach Jahreszeit sind die landwirtschaftlichen Erntegüter vorzufinden. Nach Aussage des Bauhofes ist konstruktionsbedingt (bis zum Boden geschlossene Wandung) der Reinigungsaufwand deswegen besonders hoch.
(ÖDP Hubert Nießner)

Stellungnahme der Verwaltung:

Laufende/beschlossene Maßnahmen:

- siehe oben Radverkehrskonzept & Antrag Mitgliedschaft AGFK
- Errichtung von Doppelstock-Radständern am Bahnhof, evtl. ergänzt durch Radstation mit Luftpumpe, Werkzeuge, etc.

Lückenschluss Radweg Neue Bergstraße, Derching

Ein durchgehender Lückenschluss vom jetzigen Ende beim Laubenweg bis zur Äußeren Industriestraße ist nicht möglich, da bis zur Mühlstraße (ca. 350 m) die Bebauung bzw. die Privatgrundstücke nördlich der Neuen Bergstraße bis an die Straße heranreichen (kein ausreichender Platz für einen straßenbegleitenden Radweg). Dieser Abschnitt kann aber ohne großen Umweg über die Straße „Am Anger“ bewältigt werden.

Weiter in Richtung Westen (ca. 450 m) wäre dann der eigentliche Lückenschluss machbar. Bei der dortigen Straße handelt es sich um die Kreisstraße AIC 25, d. h. Baulastträger wäre der Landkreis Aichach-Friedberg. Im Falle einer baulichen Umsetzung müsste die Stadt Friedberg gemäß Grundsatzvereinbarung den Grunderwerb erwirken und sich zu 50 % an den nicht durch Zuschüssen gedeckten Kosten beteiligen. Ein Antrag an den Landkreis Aichach-Friedberg wäre nötig.

Radständer an Haltestellen und Erneuerung der Bushäuschen

Zunächst müssten für die jeweiligen Haltestellen der Bedarf und anschließend die Möglichkeiten (Platz, Kosten, etc.) überprüft werden.

Für die aktuell ca. 75 Bushaltestellen im Stadtgebiet wurde bereits Anfang 2017 eine systematische Erfassung des Bestandes begonnen; leider konnte dies aus Kapazitätsgründen bisher nicht fortgeführt bzw. abgeschlossen werden. Mit den erhobenen Daten könnten dann auch Entscheidungsgrundlagen für weiteres Handeln (Ersatz von alten Fahrgastunterständen,...) erarbeitet werden.

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Ortssprecherin R.Krendlinger:

Das gerade laufende Projekt vom Landkreis wird möglicherweise hier eine Lösung bringen, dauert aber sicher noch sehr lange.

**Deshalb beantrage ich Planungskosten in Höhe von 15.000 €
um zu klären, Welche Grundstücke benötigt werden.**

Hubert Nießner:

Die konkrete Idee für die Herstellung des Radwegeoberfläche Richtung Dasing scheint im Haushalt enthalten, auch sehen wir Gelder für ein Radwegekonzept. Wir fordern jedoch noch ein Reservebudget von mindestens 100.000 €

ab 2019 um tatsächlich in Umsetzung gehen zu können, wenn eine Maßnahme aus dem Fahrradkonzept oder den Landkreisinitiativen ergibt.

- Wohnmobilestellplätze neu und Modernisierung des Bestands - Cornelia Böhm / wro- (5)

Unser Antrag wörtlich:

Im Zuge der Neuschaffung der Afrawiese als Parkplatz rechtzeitig zur Landesausstellung und der Fertigstellung des neuen Quartiers bitten wir darum, hier 2 – 4 Stellplätze für Wohnmobile mit zu berücksichtigen. Wasser- und Stromversorgung können sicherlich aufgrund der angrenzenden Erschießung leicht zur Verfügung gestellt werden, v.a. da auch E-Parkplätze / Ladestationen mit angeboten werden sollten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Soweit die derzeitigen straßenverkehrsrechtlich ausgewiesenen Stellplätze an der Wallfahrtskirche Herrgottsruh und am Friedberger See saniert werden müssen, wird dies im Rahmen des Straßenunterhalts berücksichtigt. Die Ausweisung neuer Wohnmobilstellplätze wären im PUA grundsätzlich zu beraten. Haushaltsmittel für etwaige Herstellungskosten müssten nach positivem Beschluss eingestellt werden.

Antwort: um unseren Antrag würden wir von aktiven und erfahrenen Wohnmobiliten gebeten. Diese griffen auf Angebote in vielen anderen Städten des In- und Auslandes zurück. Die Leistungen und Vorschläge der Verwaltung sind zu begrüßen. Es Fehlen aber jegliche Versorgungsmöglichkeiten. Wir wiederholen unseren Antrag insbesondere bezüglich Wasser und Stromanschlüsse.

Seite 201: 7901.5159 (Fremdenverkehr): hier sind 500,- eingestellt für den Unterhalt Wohnmobilver- und Entsorgungsstation. Das ist NICHT das, was wir uns hier vorgestellt haben!

Gerade im Hinblick auf die Landesausstellung und der zu geringen Übernachtungsplätze in der Stadt ist das eine gute Chance, weitere Besucher zu beherbergen. Deswegen der Wunsch nach Ausbau der Stellplätze (Afrawiese) und auf Attraktivierung der bisherigen (zumindest durch Versorgungsstationen).

**Anmerkung: Evtl Verschiebung der Bewegungsparcours Nord und Süd auf die Jahre 2022 ff?
bisheriger Ansatz 2020 85 Teur und 2021 85Teur (Seite 40, 5600.9500)**

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Ausbau und Ertüchtigung zusätzlich

50.000 €

Parkleitsystem

(6)

Antwort Frau Böhm:

Durch einfache technische Möglichkeiten werden Besucher gezielt auf freie Parkplätze hingewiesen und somit auf tatsächliche freie Parkplätze geführt. Die Tiefgarage Ost beispielsweise bietet grundsätzlich freie Parkmöglichkeiten.

Vorteile:

Ausweis von Anwohnerparkplätzen an den neuralgischen Punkten in der Innenstadt. Bestehende Parkplätze (und die Einnahmen der Parkgebühren) können besser genutzt werden.

Parksuchverkehr – v.a. an kritischen Stellen in der Innenstadt (vor öffentlichen Einrichtungen z.B.) – bringt zusätzliche Gefahr für Fußgänger und Radfahrer, dies kann verringert werden.

Umweltschutz durch Verringerung von Lärm- und Abgasemissionen

Kosten: je nach System 500 Teur bis 1 Mio.

Hier bedarf es eines unabhängigen Planungsgutachtens, mit welchen technischen Mitteln möglichst viele Stellplätze umfasst werden können.

Antrag auf Einstellung der Planungskosten in den Haushalt:

50.000 €

Wochenmarkt – Markthalle – Angebot regionaler Produkte

(7)

Diesen Punkt verschieben wir in den Bereich unserer Visionen und Vorschläge für die Zukunft.

Ersatz für Altstadtexpress

(8)

Antwort Frau Böhm:

Trotz des Verkehrskonzeptes 2020 gibt es noch Verbesserungschancen, die v.a. die Verbindung von „Unterm Berg“ in die Innenstadt und den Bahnhof betreffen. Eine Kostenbeteiligung durch die Bürger ist sicherlich möglich und mit z.B. 1,- € pro Fahrt (analog CityGalerie Express) auch für alle tragbar.

Die kurze Fahrt mit den eigenen PKW „nur schnell“ noch bei XY das holen....könnte reduziert werden. Und auch Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, könnten trotzdem das

Angebot beider Einkaufszentren nutzen. Selbstverständlich sind wir auch für alternative Verbindungen offen.

Ursprünglicher Antrag (9/2018)

.... Kurzfristig soll aber mittels eines Bürgerbusses für Friedberg die Lücke geschlossen werden. Die Streckenführung kann optional angepasst werden, so dass auch der VoFePLatz und der Bahnhof beispielsweise mit angefahren werden können. Die unterschiedliche Nutzung des bisherigen Busses lag unter anderem auch an der „Unsichtbarkeit“ der Haltestellen und den sehr geringen Zustiegsmöglichkeiten. Ein Fahrentgelt in Höhe von 50 Cent bzw. auch 1 Euro kann sicherlich gut durchgesetzt und vermarktet werden.

Verwaltung (9/18): Durch das bereits beschlossenen Buskonzept 2020, das der AVV zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 einführen wird verbessert sich die Verbindung zwischen P+R Friedberg West und der Kernstadt.

....

Eine Reaktivierung des Altstadtexpresses (oder eines vergleichbaren Angebots) wird als nicht realisierbar betrachtet.

Trotz des Verkehrskonzeptes 2020 gibt es noch Verbesserungschancen, die v.a. die Verbindung von „Unterm Berg“ in die Innenstadt und den Bahnhof betreffen. Eine Kostenbeteiligung durch die Bürger ist sicherlich möglich und mit z.B. 1,- € pro Fahrt (analog CityGalerie Express) auch für alle tragbar.

Die kurze Fahrt mit den eigenen PKW „nur schnell“noch bei XY das holen....könnte reduziert werden. Und auch Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, könnten trotzdem das Angebot beider Einkaufszentren nutzen. Selbstverständlich sind wir auch für alternative Verbindungen offen.

<p>Diesen Antrag ziehe ich aufgrund der Komplexität des Themas ÖPNV und seine Abhängigkeiten zurück und werde diese Idee in die Diskussion zur Verbesserung der Anbindung des Quartiers Unterm Berg an die Altstadt wieder einbringen.</p>

Schaffung von kleineren Flächen für experimentelle Wohnformen – Tiny Houses

(9)

Die Berücksichtigung der Tiny houses werden wir in konkreten Bebauungsplanaufstellungen einbringen. Budget ist hierfür unseres Erachtens nicht notwendig.

Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung

(10)

Das Thema Lichtverschmutzung werden wir weiter in konkreten Vorhaben verfolgen. Intelligente Straßenbeleuchtung ist ein Beitrag. Auch im Bereich der Werbeanlagensatzung muss das Thema berücksichtigt werden.

Verlegung der Liegewiese am Derchinger See

(11)

Antrag auf Aufnahme in die Änderungslisten:

Ortssprecherin R.Krendlinger:

Um den Zugang zum See herzustellen, müssen verschiedene Gewächse beseitigt werden und möglicherweise Einbringungen in Form von Kies stattfinden. Den Kies bekommen wir möglicherweise von der Firma Lindermayr, darum kümmere ich mich. Die Rodungsarbeiten könnten vom Bauhof vorgenommen werden.

Zur Klärung und Ausführung beantrage ich

20.000 €

Ausbau und Attraktivierung der Bademöglichkeiten in Friedberg

(12.1)

Eine Änderung am Tostisee wollen wir aufgrund der aktuellen Erkenntnisse nicht anstreben, unterstützen jedoch die Maßnahmen zur Attraktivierung des Baggersees in der Au. Für Großprojekte wie z.B. Wasserpark sehen wir keine Möglichkeit, da diese hohen Auslastung weiter Verschärfen und den Erholungswert für unsere Bürger riskieren würden.

Weiterer Badesee in der Friedberger Au

(12.2)

Bei unseren weiteren Beratungen haben wir und die Ideengeberin dazu entschieden, dass wir den großen Badesee, wegen schwer realisierbarer Grundstücksverhältnisse, zu langem Aushub und LKW Verkehr zu Lasten der Anwohner usw. zurückziehen. Stattdessen ein Naturfreibad in Badeteichform (z.B. zur Hälfte Biotop zur anderen Hälfte Schwimmteich) zur Entlastung und Ergänzung des Friedberger Sees. Die Idee dieses zusätzlichen Badesees wollen wir im Bereich Visionen weiter verfolgen, da die Umsetzung im HH Zeitraum nicht realistisch erscheint. Wir wollen den neuen See aber auch als naturnahen ökologischen Badesee mit Biotopwert konzipieren und sehen auch die Möglichkeit der Weiterentwicklung im Rahmen der Biotopvernetzung.

Einführung von Fahrradampeln

(13)

Antwort Frau Böhm:

Fahrradampeln bzw. Systeme, dass Fahrradfahrer einige Sekunden früher grün haben als der Autoverkehr sind selbsterklärend.

Die Optimierung von Fahrradampeln ist ein wesentliches Verbesserungspotenzial um den Fahrradverkehr sicherer und attraktiver im Stadtgebiet zu machen. Die Verfolgung dieser Idee sehen wir im Rahmen des Fahrradkonzeptes. Ein separates Budget ist deswegen nicht notwendig.

Nachfolgende Visionen werden ohne finanzielle Mittel in der Finanzplanung der kommenden Jahre vorgemerkt:

-WRO-

Unser Antrag wörtlich:

Fahrraddeck am Bahnhof mit neuer öffentlicher WC Anlage.
Verschließbare Boxen zum Anmieten für Eigner teurer Fahrräder
Barrierefreier Zugang zum Ratssaal mit vorgeseztem Glasaufzug und modernem Add-On an der Nordfassade des Rathauses.
Verkehrsberuhigung der Innenstadt.
Verlagerung des Ruhenden Verkehrs vor die Altstadt.
Attraktive Verbindung des Quartiers Unterm Berg mit der Innenstadt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nachfolgende Punkte wurden ausdrücklich als Zukunftsvisionen bezeichnet, die „nicht unbedingt morgen umzusetzen sind“. Entsprechend einer möglichen Beschlusslage werden diese Aufgaben in der Finanzplanung der kommenden Jahre als T-D-Liste ohne finanzielle Aussagen vorgemerkt.

Antwort: damit sind wir einverstanden. Genau das war unsere Absicht. Unsere Vorschläge im Wortlaut:

Visionen:

Fahrraddeck am Bahnhof mit neuer öffentlicher WC-Anlage

(V1)

Verschließbare Fahrradboxen

(V2)

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die Zustimmung bzw. Mitwirkung der DB. Die grundstücksrechtliche Abstimmung gestalten sich erwartungsgemäß schwierig und vor allem langwierig. Kosten sind derzeit nicht vorzusehen.

Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die Zustimmung bzw. Mitwirkung der DB. Die grundstücksrechtliche Abstimmung gestalten sich erwartungsgemäß schwierig und vor allem langwierig. Kosten sind derzeit nicht vorzusehen.

Antwort: ich gehe heute sogar noch einen Schritt weiter. Die Kosten sind heute nicht einmal abzuschätzen. Aber wir müssen Ideen haben und Forderungen stellen. Die Diskussion über den beantragten Erwerb des Bahnhofs hat mich zu folgender Überlegung veranlasst.

Sicher war es ein Fehler, damals nicht mit mehr Nachdruck mit der Bahn zu verhandeln. Die Stadt hätte den Bahnhof zum niedrigeren Preis kaufen können. Es wäre auch wert gewesen die Frage, ob nicht doch irgendwie ein gesetzliches Vorkaufsrecht greift, nachhaltiger zu prüfen. Den Denkmalschutz wollte man nicht bemühen. Alles insgesamt ein Fehler. Aber das ist Schnee von gestern und das Busgeld für diese Versäumnisse ist hoch, zu hoch.

Wir müssen nach alternativen Lösungen suchen. Für moderne Gebäude neben den alten historischen Bahnhöfen gibt es im In- und Ausland gute Beispiele. Platz wäre auch da. Eine Verbundlösung für Schiene und Busbahnhof wäre denkbar. Saubere WC-Anlagen, ein warmer und trockener Wartebereich, Getränke und Snacks vom Kiosk oder zur Not auch aus dem Automaten und das Ganze verbunden mit einem Fahrradparkhaus mit Ladestation für e-Bikes und einer Mietfahrrad Station, ausreichend PKW Stellplätze für Fahrgäste und Besucher, all das müsste kein Traum bleiben. So würde die Stadt ihre Gäste würdig empfangen, über die Sehenswürdigkeiten informieren und die Pendler würden nicht wie so oft im Regen stehen.

Spinnen wir die Vision weiter. Park and Ride Platz und Busbahnhof bleiben in ihrer Funktion wie bisher am gleichen Ort. Darüber oder viel besser darunter, Parkdecks und dann alles was ein Verkehrsknotenpunkt, eine Mobilitätsdrehscheibe braucht, darüber weitere Geschosse mit Handel, Büro, Wohnen. Das ganze könnte sich sogar ein Stück weit selbst finanzieren. Bleibt natürlich die Frage offen, warum muss die Öffentlichkeit über all diese Dinge nachdenken, warum müssen Steuermittel einer Stadt dies finanzieren. Geht es nicht um die Kunden eines Unternehmens das sich Die Bahn oder wie auch immer nennt. Warum muss so ein Unternehmen keine Kundentoiletten, keine Stellplätze und keine Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich nachweisen. Stellen Sie sich vor, irgend ein Unternehmen in unserer Stadt würde die Betriebsgebäude verscherbeln und dann notwendige Strukturen für die Kunden und Nutzer der hergestellten Produkte dem Staat, der Allgemeinheit aufbürden. Verrückt!

Barrierefreier Zugang zum Ratssaal mit vorgesetztem Glasaufzug

(V3)

Stellungnahme der Verwaltung:

In seiner Sitzung am 27. Oktober 2016 fasste der Bauausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Auf den Einbau eines Treppenliftes im historischen Rathaus wird aus sicherheitsrelevanten Gründen verzichtet.
3. Im Zuge der Umgestaltung des Marienplatzes soll ein Außenaufzug am Rathaus in die Gesamtüberlegungen der neuen Platzfunktion integriert werden. (...)

Aus heutiger Sicht und der derzeit gültigen Finanzplanung ist derzeit dieses Projekt für das Jahr 2021 vorgesehen. In der Diskussion über die „Altstadtstrategie“ ist als realistischer Zeitraum 2023/24 genannt worden.

Verkehrsberuhigung der Innenstadt

(V4)

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Punkt „Verkehrsberuhigung der Innenstadt“ wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 15. November 2018 als Geschäftsordnungsantrag behandelt und der Verwaltung zur inhaltlichen Prüfung übergeben. Das Thema „Verlagerung des ruhenden Verkehrs vor die Altstadt“ ist abhängig vom Ergebnis der Verkehrsberuhigung eng damit verknüpft. Der Vision wird bereits jetzt durch einzelne Maßnahmen und Überlegungen wie z. B. dem geplanten Bau eines Parkplatzes an der Gerberwiese Aufmerksamkeit geschenkt.

Verlagerung des ruhenden Verkehrs vor die Altstadt

(V5)

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Punkt „Verkehrsberuhigung der Innenstadt“ wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 15. November 2018 als Geschäftsordnungsantrag behandelt und der Verwaltung zur inhaltlichen Prüfung übergeben. Das Thema „Verlagerung des ruhenden Verkehrs vor die Altstadt“ ist abhängig vom Ergebnis der Verkehrsberuhigung eng damit verknüpft.

Attraktive Verbindung des Quartiers „Unterm Berg“ mit der Innenstadt

(V6)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Angelegenheit wäre grundsätzlich im PUA zu beraten. Kosten sind derzeit nicht vorzusehen.

Sowie Ideen, die wir nicht aus den Augen verlieren wollen:

Erwerb bebauter Grundstücke

unser Antrag:

Vermögenshaushalt Einzelplan 8: 9322 Erwerb bebauter Grundstücke
In Verbindung und austauschbar mit
9321 Erwerb unbebauter Grundstücke Erwerb von bebauten Grundstücken

Vermögenshaushalt Einzelplan 8 - 9322 Erwerb bebauter Grundstücke in
Verbindung und austauschbar mit - 9321 Erwerb unbebauter Grundstücke, Hier
wiederholen wir unseren früheren Antrag:
Diese beiden Beträge sollen untereinander je nach Bedarf und Anfall verwendbar
sein.

Antrag: Zusätzlicher Finanzrahmen im Doppelhaushalt	nach Bedarf
--	--------------------

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der veranschlagten Mittel der Haushaltstelle 8811.9321.01 werden
jährlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten grundsätzlich auskömmliche
Mittel für jede Form des Grunderwerbs veranschlagt. In der Vergangenheit standen
somit stets für alle Grundstücksgeschäfte, einschließlich der
wohnungswirtschaftlichen, ausreichend Gelder zur Verfügung.
Die Umsetzung der Haushaltsmittel orientiert sich jedoch am knappen
Grundstücksmarkt, der leider zurzeit nur wenige Angebote offeriert. Mit „mehr“
Geld kann die Verwaltung leider nicht „mehr“ kaufen.

30 neue zusätzliche Abfalleimer in der Kernstadt und in den Ortsteilen

die Ausführung der Verwaltung hierzu kommentieren wir nicht.

Installation Induktionsschleife für Hörgeschädigte im Sitzungssaal

hier waren wir wohl der fälschlichen Meinung, der veraltete Begriff Induktionsschleife sei durch technische moderne Geräte, die unsichtbar und verschwindend klein sind und ähnlich wie WLAN Router aufzustellen sind substituiert. Wir beugen uns der Fachmeinung.
--

sowie

Audiostream im Internet

und

Live-Übertragung im Internet der Sitzungsberatungen

-WRO-

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Livestream wird aktuell nur von wenigen bayerischen Kommunen angeboten. Die Umsetzung unterscheidet sich dabei teilweise. Dabei haben einige Städte den Livestream oder ähnliche Angebote nach einer Probephase auch bereits wieder abgeschafft oder abgelehnt oder noch nicht thematisiert.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Datenschutzrechtlich gilt es zu beachten, dass es sich beim Stadtrat nicht um ein Parlament handelt, sondern um ein Exekutivorgan. Daher gilt, dass jedes Stadtratsmitglied, jeder Verwaltungsmitarbeiter und jeder Zuhörer ein Recht am eigenen Bild haben, welches bei Übertragungen beachtet werden muss.

Eine generelle datenschutzrechtliche Erlaubnis für die Sendung von Bild- und Tonaufnahmen ist nicht vorhanden. Rechtlich ist daher die ausdrückliche, persönliche Zustimmung jeder einzelnen Person notwendig, von welcher ein Bild bzw. Ton aufgezeichnet und gesendet werden soll. Diese Zustimmung kann auch nicht durch einen Mehrheitsbeschluss des Gremiums ersetzt werden. Die Zustimmung muss schriftlich erfolgen. Diese Auffassung wird durch den Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz bereits seit 2003 (21. Tätigkeitsbericht) stringent vertreten. Die Direktübertragung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen im Internet stellt datenschutzrechtlich eine Übermittlung personenbezogener Daten weltweit an eine Vielzahl unbestimmter Personen dar. Betroffen sind dabei nicht nur die Gemeinderatsmitglieder und sonstige Personen (z.B. Gemeindebedienstete). Betroffen sind auch Bürger, deren Angelegenheiten in einer solchen Gemeinderatssitzung personenbezogen behandelt werden. Schließlich sind auch Zuhörer betroffen, wenn sie auf den im Internet verbreiteten Aufnahmen erkennbar sind oder ein Rückschluss auf ihre Person möglich ist.

Die Erhebung personenbezogener Daten und ihre Übermittlung über das Internet sind nur zulässig, wenn entweder das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG) oder eine andere Rechtsvorschrift sie erlaubt oder anordnet oder der Betroffene eingewilligt hat (Art. 15 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 BayDSG). Eine gesetzliche Grundlage ist nach Auffassung des Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz nicht gegeben.

Bei einer Übertragung öffentlicher Gemeinderatssitzungen im Internet dürfen daher aus datenschutzrechtlicher Sicht nur die Personen in Wort und Bild aufgenommen werden, die vorher in die Übertragung eingewilligt haben (Art. 15 Abs. 1 Nr. 2 BayDSG). Die betroffenen Personen sind darauf hinzuweisen, dass bei einer Übertragung im Internet Bild und Ton weltweit von einem unbegrenzten Kreis von Personen abgerufen, aufgezeichnet, unter Umständen verändert und ausgewertet werden können und die weitere Verwendung dieser Aufnahmen nicht abzusehen ist (Grundsatz der informierten Einwilligung, vgl. Art. 15 Abs. 2 BayDSG). Sie dürfen dabei nicht unter einen Entscheidungsdruck gesetzt werden. Das wäre z.B. der Fall, wenn sie in der Öffentlichkeit im Beisein von Zuhörern und der Presse, mit dem Wunsch nach einer Übertragung der Gemeinderatssitzung im Internet konfrontiert würden. Von einer freiwilligen Einwilligung könnte in einem solchen Fall nicht ausgegangen werden. Es muss den Betroffenen daher eine angemessene Überlegungsfrist für ihre Entscheidung eingeräumt werden. Die Einwilligung muss

außerdem jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden können. Dies gilt auch für Bürger, deren Angelegenheiten personenbezogen bzw. personenbeziehbar in öffentlicher Gemeinderatssitzung behandelt und im Internet übertragen werden sollen.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass an Stelle eines Gemeindebediensteten, der in die Übertragung im Internet nicht eingewilligt hat, ein anderer Mitarbeiter der Gemeinde oder ggf. der erste Bürgermeister den zu einem Tagesordnungspunkt vorgesehenen Bericht der Verwaltung übernehmen muss. Bürgerangelegenheiten, die dem Datenschutz unterliegen, dürfen ohne Einwilligung des Betroffenen in öffentlicher Gemeinderatssitzung ohnehin nur anonymisiert behandelt werden. Verweigert ein Gemeinderatsmitglied seine Einwilligung in die Übertragung, dürfen seine Redebeiträge weder in Bild noch in Ton übertragen werden.

Eine Liveübertragung kann auch Beteiligungsrechte des Personalrates berühren, da die Durchführung von Übertragungen im Internet als Einführung technischer Einrichtungen zur Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Beschäftigten im Sinne des Art. 75 a Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG) verstanden werden kann.

Bevor also diesem Gedanken nähergetreten werden kann, müsste vorab außerhalb einer Sitzung geklärt werden, ob schriftliche Einverständniserklärungen von allen Stadträten und Verwaltungsmitarbeitern zu erhalten sind. Sollten nicht alle zustimmen, muss technisch dafür Sorge getragen werden, dass deren Redebeiträge weder zu hören noch zu sehen sind. Dies ließe sich wohl in erster Linie durch ein Kamerateam lösen, das den Sitzungsverlauf aufzeichnet. Diese Variante wäre allerdings sehr kostenintensiv und würde möglicherweise auch ein störendes Element in den Sitzungen darstellen. Demgegenüber zeigen die Erfahrungen der Städte mit Livestream, dass die Nutzerresonanz eher gering ist.

Die Kosten und erforderlichen Haushaltsmittel müssten erst noch untersucht werden.

Antwort - Wir haben diesen Antrag gestellt, um der immer stärker werdenden Politikverdrossenheit und dem Desinteresse an der politischen Arbeit entgegenzuwirken. Viele Bürger haben uns angesprochen und dem Wunsch nach Livestream aus den Sitzungen Ausdruck verliehen. Egal ob mit Bild und Ton oder nur als Audiostream. Die Gegenwehr der Verwaltung ist beachtlich.

Ich mache es einfach und kurz. Bitte schreiben Sie mit

<https://www.pfaffenhofen.de/archivplayer/>

Pfaffenhofen an der Ilm, eine Stadt, liegt im Regierungsbezirk Oberbayern, einem Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Daraus schließe ich eine identische Gesetzeslage. Es würde also genügen, den dort Verantwortlichen anzurufen.

Im übrigen sehen wir dieses Thema wie eingeordnet als Vision für die nächste Amtsperiode. Sicher wird dies von der einen oder anderen Gruppierung im Wahlkampf noch vertieft werden.

Ein Antrag von uns ist hier in der Sitzungsvorlage nicht mehr aufgeführt:

Ortsteilentwicklung

Unser Antrag wörtlich:

Weiterhin sind Mittel für die Ortsteilentwicklung in Form von Planungsleistungen und Beratungsleistungen einzuplanen.

Ziel ist Ortskerne gestalten und Akzente in Ortsteilen zu setzen wie z.B. (Ortszentren, Dorfläden, Vereinsräume, ...)

Dieses Thema sei zwar nach der Notiz der Verwaltung im PUA abgearbeitet. Wir möchten aber hier, heute nochmals die Wichtigkeit dieses Ansatzes erinnern. Die Ortskerne unserer Stadtteile, früher meist landwirtschaftlich geprägte selbstständige Gemeinden, verändern sich dramatisch. Wenn wir hier planerisch eingreifen wollen, ist es höchste Zeit. Mit jeder aufgelassenen Hofstelle können gestalterische und strukturelle Brüche entstehen. Art und Maß der baulichen Nutzung darf im Dorfgebiet nicht zufällig ausgelegt werden. Die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Stadtteile sind in den Planungsprozess einzubinden, sie sollen mitreden, wie ihr Lebensraum in 5, 10 oder 20 Jahren aussehen soll.

Und hierher verschoben:

Wochenmarkt – Markthalle – Angebot regionaler Produkte

Antwort Frau Böhm:

Die Verlegung des gescheiterten Samstagwochenmarktes in eine Indoorlösung analog der Grundidee des Bauernmarktes Dasing ist zu prüfen. So könnte auch die Nahversorgung im Bereich Nahrungsmittel in der Innenstadt verbessert werden. Dies ist keine zwingende Aufgabe einer Stadt, aber wenn es um die Nutzung und / oder den Erhalt einer Immobilie in städtischen Besitz geht, wäre eine Möglichkeit, solche Flächen zu Beginn zu bezuschussen, um Investoren zu finden. Nachhaltigkeit soll ja schließlich auch in unserem täglichen Einkaufsverhalten Einzug halten, solche Einrichtungen wären sicherlich dafür förderlicher als der Supermarkt vor den Toren der Stadt.

Die Lust auf regionale, frische Produkte ist weiterhin mehr als gegeben, die Möglichkeit, diese in Friedberg zu erwerben dennoch beschränkt. Der Freitagswochenmarkt wird seit Jahren bestens angenommen und ist bereits eine feste Institution – auch im Bereich der Nahversorgung in der Innenstadt.

Der Versuch, dies für Berufstätige auf den Samstag auszuweiten, musste leider beendet werden, da sich zu wenig Beschicker finden ließen.

Die Gründe hierfür sind vielseitig, eine regelmäßige, wetterunabhängige und dauerhafte Einrichtung wäre sicherlich förderlich. Deswegen schlagen wir vor, eine Möglichkeit zu suchen, die regionalen Anbietern ein Dach über dem Kopf bietet, an festen Tagen, zu festen

und kalkulierbaren Konditionen, das ganze Jahr über. Ein Blick gen Dasing zum Wochenmarkt oder nach Augsburg auf den Stadtmarkt mit seinen Markthallen soll die Idee verdeutlichen. Im Rahmen der Stadtentwicklung und der unabdingbaren Diskussion über städtische Immobilien lässt sich hierfür vielleicht ein Ansatz finden.

Verwaltung 13.12.18: Das Projekt ist näher zu beschreiben, Kosten sind hierfür nicht vorzusehen.

Die Verlegung des gescheiterten Samstagwochenmarktes in eine Indoorlösung analog der Grundidee des Bauernmarktes Dasing ist zu prüfen. So könnte auch die Nahversorgung im Bereich Nahrungsmittel in der Innenstadt verbessert werden. Dies ist keine zwingende Aufgabe einer Stadt, aber wenn es um die Nutzung und / oder den Erhalt einer Immobilie in städtischen Besitz geht, wäre eine Möglichkeit, solche Flächen zu Beginn zu bezuschussen, um Investoren zu finden. Nachhaltigkeit soll ja schließlich auch in unserem täglichen Einkaufsverhalten Einzug halten, solche Einrichtungen wären sicherlich dafür förderlicher als der Supermarkt vor den Toren der Stadt.

Grundsätzlich kann das ein Thema für einen Stadtentwickler bzw City Manager sein, durch geschickte Vermarktung von Städtischen Immobilien auch die innerstädtische Nahversorgung zu optimieren sowie die Innenstadt weiter zu attraktiveren.

...

Dass diese Liste unvollständig sein muss, ist unvermeidlich, wir werden sie anpassen und fortschreiben. Dass wichtige Dinge fehlen, beruht auch auf der Hoffnung, dass auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen im Rat ihre Beiträge einbringen werden. Ein neues Jugendzentrum an der richtigen Stelle könnte so ein Beispiel sein. Wir werden dann diese Anträge unterstützen und hoffen auf Konsens und breite Mehrheiten.